

Mainz bleibt auf der Kippe: Steuererhöhung jetzt doch vom Tisch!

Der Mainzer Stadtrat beschloss, die Grundsteuer B vorerst nicht zu erhöhen, trotz eines Haushaltsdefizits und kritischer Stimmen.

Mainz, Deutschland - Die Finanzlage der Stadt Mainz bleibt angespannt: Der Stadtrat hat kürzlich den städtischen Haushalt für das kommende Jahr verabschiedet. Eine geplante Erhöhung der Grundsteuer B, die von 480 auf 600 Prozent angehoben werden sollte, wurde jedoch kurzfristig herausgenommen. Dies hätte der Stadt zusätzliche Einnahmen von rund 20 Millionen Euro gesichert. Die Koalition aus Grünen, CDU und SPD entschied sich gegen diese Maßnahme, was von Oberbürgermeister Nino Haase (parteilos) sowie anderen Stadtratsmitgliedern scharf kritisiert wurde. In der Konsequenz bleibt der Hebesatz vorerst bei 480 Prozent, während gleichzeitig der Druck auf die Stadtverwaltung steigt, die möglichen Auswirkungen einer Grundsteuerreform zu prüfen, wie **BYC-News** berichtete.

Auch auf bundesweiter Ebene sind die Bürger von der bevorstehenden Grundsteuerreform betroffen, die ab dem 1. Januar 2025 in Kraft tritt. Zahlreiche Hauseigentümer stehen vor hohen Nachforderungen, da die Neubewertungen ihrer Grundstücke teils zu astronomischen Steigerungen der Grundsteuern führen. Einige Eigentümer haben Einspruch gegen ihre Bescheide eingelegt, da die neuen Bewertungen oft in keiner Relation zu den tatsächlichen Grundstückswerten stehen. Berichten zufolge könnten die Kosten für Mieter ebenso steigen, da Vermieter die zusätzlichen Aufwendungen an die Mieter

weitergeben dürfen. Dies hat große Verärgerung ausgelöst, besonders bei denjenigen, die sich bereits mit deutlichen Erhöhungen konfrontiert sehen, wie **Tagesschau** feststellt.

Die neue Grundsteuer ist besonders umstritten, da sie in vielen Fällen drastische Kostensteigerungen mit sich bringen könnte. Beispielsweise berichten einige Hausbesitzer von einer Steigerung auf mehr als das 60-fache ihrer bisherigen Steuerbeträge, was massive Auswirkungen auf die monatlichen Belastungen für viele Familien haben könnte. Während einige Städte bereits neue Hebesätze verkündet haben, bleibt Unklarheit darüber, wie hoch diese im Einzelnen ausfallen werden und welche finanziellen Folgen für die Eigentümer sowie Mieter damit verbunden sind. Der Umgang mit der Gesetzgebung und die damit verbundenen Einsprüche könnten langfristige Auswirkungen auf die Wohnsituation vieler Menschen haben.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Mainz, Deutschland
Quellen	• byc-news.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at